

Unsolidarische Gesundheitsreform der schwarz- gelben Bundesregierung stoppen! (Plenarsitzung vom 04.02.2010)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Romberg. – Als nächster Redner spricht Herr Kollege Sagel.

*(Minister Karl-Josef Laumann: Ist er wieder da? – Zuruf von der SPD: Ach, du liebe Güte!
– Weitere Zurufe)*

Rüdiger Sagel*) (fraktionslos): Das ist doch nicht mein Fehler, Herr Minister. Ich hatte gar keine Rede angemeldet.

(Dr. Stefan Romberg [FDP]: Wollten Sie gar nicht zu Minijobs reden? Hat die Linke dazu keine Meinung?)

– Herr Kollege, darf ich Sie darauf hinweisen, dass ich nur zu einigen Tagesordnungspunkten reden darf.

(Minister Karl-Josef Laumann: Das ist auch gut so!)

Deswegen muss ich mir immer sehr genau überlegen, zu welchen Themen ich rede.

Ich habe mir dieses Thema deswegen ausgesucht, weil es besonders gut passt. Denn in den letzten Tagen ist doch sehr deutlich geworden, dass die Bundesregierung ihren neoliberalen Kurs fortsetzt. Die Chaostruppe der FDP ist im freien Fall – an der Spitze der Chaos-Professor Pinkwart, der nach seinem Zickzackkurs bei der Hotelsteuer von allen Seiten abgewatscht wurde: zuerst von der Bundes-FDP und dann vom hiesigen Landesverband.

Jetzt kommt der nächste GAU für die FDP, denn jetzt kommt heraus, dass Sie auch noch besondere Konditionen bei privaten Krankenversicherern bekommen. Das ist sehr interessant. Ausgerechnet die FDP, die Klientelpartei Nummer eins par excellence, profitiert wieder ganz besonders. Die größten Abzocker im Land sitzen bei der FDP.

(Lachen von Dr. Gerhard Papke [FDP] – Dr. Stefan Romberg [FDP]: Sprechblasen!)

– Sie müssen ganz ruhig sein; Sie sind der Spitzenmann dieser Abzockerpartei, Herr Dr. Papke. Die Marktradikalen der Heuschreckenpartei FDP haben aber noch mehr im Köcher – an der Spitze

Ihr Bundesminister Rösler. In diesen Tagen erleben wir den Ausstieg aus der Solidargemeinschaft im Gesundheitswesen.

Die ersten Krankenkassen fordern nun einkommensunabhängige Zusatzbeiträge, wie sie von der Großen Koalition ermöglicht wurden. Jeder zahlt gleich viel. Die Geringverdienenden und die Politikerin, die neben ihren Bezügen auch noch 30.000 € Sitzungsgeld kassiert – alle müssen, wenn sie Mitglied einer solchen gesetzlichen Versicherung sind, 8 € zusätzlich bezahlen. Für den einen bedeuten 8 € mehr als das Essen für einen Tag; für andere ist das nur ein Bruchteil eines Stundenlohns. Das ist hochgradig ungerecht, aber das ist die konkrete Politik von CDU und FDP.

Hieran zeigt sich wieder, dass die Bevölkerung immer für das Geradestehen muss, was von den Abzockern der Koalition in Berlin gemacht wird. Diese Zusatzbeiträge belasten besonders die Menschen mit niedrigem Einkommen. Anstatt die fehlenden Gelder für die Krankenkassen durch den Staat bereitzustellen, werden die Bürger zur Kasse gebeten.

Eigentlich sollten Arbeitnehmerinnen und Arbeitgeber die Krankenversicherung zu gleichen Teilen zahlen. Die Zusatzbeiträge sind aber nur von den Versicherten zu entrichten. Das ist der Ausstieg aus der Parität, wie ihn sich die Neoliberalen wünschen.

Die Zusatzbeiträge stellen außerdem den Türöffner für die Kopfpauschale dar. Damit sie eingezogen werden können, muss eine Infrastruktur eingerichtet werden, die – wen wundert es – für die Kopfpauschale genutzt werden kann.

Diese Kopfpauschale wird die Steuerzahlerinnen und -zahler jährlich Milliarden kosten, weil ein Großteil der Bevölkerung diese Pauschale nicht bezahlen kann. Während für die einen – womöglich für die Klientel und für die Spender der FDP – die Gesundheit bald keinen Kostenaufwand mehr bedeutet, müssen die meisten Menschen Zuschüsse vom Staat bekommen. So soll die Pauschale hoch genug werden, um die Kosten im Gesundheitswesen zu decken.

Denn unter anderem stellen Medikamente einen riesigen Kostenfaktor im Gesundheitswesen dar. CDU und FDP schützen die Apotheker vor Konkurrenz. Pharmakonzerne fahren jedes Jahr Milliarden Gewinne ein, weil sie die Medikamente viel teurer verkaufen, als es den Produktionskosten entspricht.

Anstatt den günstigeren Weg zu gehen und den Krankenkassen zunächst die fehlenden Beträge bereitzustellen, um danach die privaten Krankenkassen zu beschränken und das Gesundheitssystem solidarischer sowie handlungs- und überlebensfähiger zu gestalten, soll eine Kopfpauschale durchgesetzt werden. Das ist Ihre Politik.

Ich sage sehr deutlich: Wir als Linke fordern eine Bürgerversicherung. Wir werden am 9. Mai bei den Wahlen in Nordrhein-Westfalen dafür eine Mehrheit bekommen, damit diese Politik über den Bundesrat endlich gestoppt wird; diese Politik, die Sie zu verantworten haben und die hochgradig unsozial sowie ungerecht ist.

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Sagel. – Für die Landesregierung hat nun Herr Minister Laumann das Wort.